



Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.

Beratungsbüro:
Bürgerbüro Falkenhagener Feld
Westerwaldstraße 9
13589 Berlin

Pressemitteilung 62/2016

Postanschrift:
AMV - Alternativer Mieter- und
Verbraucherschutzbund e.V.
Pillnitzer Weg 35
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: information.amv@gmail.com

www.mieter-verbraucherschutz.berlin

Offensive „Wohneigentum statt Miete“ - AMV fordert Senkung der Grunderwerbsteuer sowie Förderprogramm für selbstbewohntes Wohnungseigentum in Berlin

In der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ Die Grünen für die Legislaturperiode 2016 - 2021 findet sich kein Förderprogramm für selbstbewohntes Wohnungseigentum in Berlin.

Das Verbändebündnis „Wohn-Perspektive Eigentum“ startete am 21.11.2016 in Berlin die Offensive „Wohneigentum statt Miete“. Dabei stellte das Pestel-Institut eine neue Studie vor – Titel: „Eigentumsbildung 2.0“. Die Untersuchung der Wissenschaftler aus Hannover ergab, dass insbesondere den 25- bis 45-Jährigen immer seltener die Wohnung, in der sie leben, auch gehört. Rund 70 Prozent von ihnen seien Mieter. Die Eigentumsquote in dieser für den Wohnungskauf und Hausbau eigentlich typischen Altersgruppe sei in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen.

„Dabei ist Wohneigentum ein wichtiger Baustein der Altersvorsorge. Die eigene Wohnung ist die einzige Alterssicherung, die unabhängig von jeder Schwankung bei der Rentenhöhe im Alter ‚verzehrt‘ werden kann. Da die Qualität und Langlebigkeit deutscher Immobilien keine großen Reparaturen erwarten lassen, müssen sich Rentner um ihre eigene Wohnung auch nicht groß kümmern. Sie haben damit für die gesamte Phase ihres Ruhestands die Sicherheit eines dauerhaften ‚Daches über dem Kopf‘ – ohne Angst vor Mieterhöhungen oder einer Kündigung“, sagt Pestel-Studienleiter Matthias Günther. Der Stellenwert, den die eigenen vier

Vorstand: 1. Vorsitzender RA Uwe Piper, 2. Vorsitzender Ass. jur. Marcel Eupen

Vereinsregister: Amtsgericht Charlottenburg - VR 33611 B

Gerichtsstand: Amtsgericht Spandau, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 27/660/64338

Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN: DE05100100100850579106, BIC: PBNKDEFF

Wände im Alter hätten, ließe sich auch daran erkennen, dass es derzeit bei den Senioren, die auf staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen seien, kaum Wohnungseigentümer gebe.

Der AMV - Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. begrüßt grundsätzlich die Offensive „Wohneigentum statt Miete“ und fordert eine Senkung der Grunderwerbsteuer sowie ein Förderprogramm für selbstbewohntes Wohnungseigentum in Berlin. Laut einer Berechnung des Instituts empirica im Auftrag der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover (LBS Nord) sind die monatlichen Finanzierungskosten für den Kauf einer Eigentumswohnung in zehn von zwölf Berliner Bezirken niedriger als die Mietkosten (Quelle: https://www.lbs.de/presse/p/presseinformationen/details_5880256.jsp). Eine Senkung der Grunderwerbsteuer sowie ein Förderprogramm für selbstbewohntes Wohnungseigentum könnte ein probates Mittel sein, um Mieterinnen und Mieter zu motivieren, sich eine Eigentumswohnung zu kaufen und damit den Berliner Mietmarkt in Teilen zu entlasten.

"Zwar mag es unstrittig der beste Schutz gegen steigende Mieten in Berlin sein, sich eine Eigentumswohnung zu kaufen; doch was hilft diese Empfehlung, wenn es bei vielen Berliner Mieterinnen und Mietern am erforderlichen Eigenkapital fehlt", sagte der 1. Vorsitzende des AMV, RA Uwe Piper. "Die meisten Banken fordern bei der Finanzierung ein Eigenkapital von 20 bis 25 Prozent, woran der Erwerb bei einem Großteil der Berliner Mieterinnen und Mietern bereits scheitert", meint Piper. "Hinzu kommen die hohen Erwerbsnebenkosten, wie Grunderwerbsteuer von 6 Prozent in Berlin, Notarkosten und Gerichtsgebühren, die aufgebracht werden müssen", so Piper. "Diese Faktoren sind ursächlich dafür, dass die Eigentumsquote 2014 gesamtstädtisch in Berlin bei nur rund 22 % lag", argumentiert Piper. "An dieser Situation muss der Berliner Senat etwas ändern: Berlinerinnen und Berliner mit einem geringen Einkommen sollten beim Erwerb einer selbstgenutzten Eigentumswohnung bei der Grunderwerbsteuer merklich entlastet werden", fordert Piper. "Zudem sollte der Senat ein Förderprogramm auflegen, mit dem er das fehlende Eigenkapital zinslos zur Verfügung stellt", ergänzt Piper. "Nur die Politik hat es in der Hand, Menschen mit niedrigem Einkommen zu helfen, zum Eigentümer zu werden", argumentiert Piper. "Eine Förderung des selbstbewohnten Wohnungseigentums durch den Senat hätte den positiven Nebeneffekt, dass Berlinerinnen und Berlinern die Möglichkeit gegeben würde, etwas für ihre Altersvorsorge zu tun", schließt Piper.

Berlin, den 22.11.2016

Ass. Marcel Eupen, Pressesprecher des AMV